

Volkswirtschaft- und Gesundheitsdirektion
zHv Rosmarie Furrer
Bahnhofstrasse 5

Liestal, 07. September 2012

CH-4410 Liestal

Vernehmlassung zur

Revision des Staatsvertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag)

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 06. Juli 2012 haben Sie uns zur Vernehmlassung zu erwähnter Vorlage eingeladen, wofür wir Ihnen bestens danken.

Die FDP begrüsst grundsätzlich die Auslagerung des UKBB im Hinblick auf die mit der Revision des KVG vorgegebenen Entwicklungen, sowie die mit der Verselbstständigung verbundenen Übertragung des Neubaus des Kinderspitals an die neue Gesellschaft.

Wie bei der Verselbstständigung der kantonalen Spitäler gewährt die Form öffentlich-rechtlichen Gesellschaft dem UKBB eine möglichst grosse Anpassungsflexibilität an ein sich rasch veränderndes Umfeld. Die im Vertrag festgelegte Handlungsfreiheit durch neue Kompetenzen des Verwaltungsrats, insbesondere auch durch die Übertragung des Baurechts, ermöglicht es dem Kinderspital im Wettbewerb mit anderen Häusern zu bestehen und Anpassungen rasch vornehmen zu können. Daher begrüsst die FDP prinzipiell die Verselbstständigung des UKBB.

Allerdings ist eine demokratisch legitimierte Kontrolle der neuen Gesellschaft notwendig. Durch die Streichung der zwingenden Einsitzname des/der GesundheitsdirektorIn können Rollenkonflikte verhindert werden und ermöglicht ein „Good Corporate Governance“. Die gemeinsame Wahl der Verwaltungsratsmitglieder durch die Regierungen verringert die Wichtigkeit der kantonalen Herkunft der vorgeschlagenen Personen, die Kompetenz wird dadurch wichtiger. Insgesamt bleiben der Einfluss der beiden Regierungen und die demokratische Kontrolle durch die interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission der beiden Parlamente gewahrt. Diese Neuregelung der Oberaufsichts- und Aufsichtsfunktionen der Parlamente und Regierungen der Trägerkantone ist daher zu begrüssen.

Ausdrücklich begrüsst wird auch die Möglichkeit des Kinderspitals zur strategischen Kooperation Beteiligungen an öffentlichen oder privaten Unternehmen einzugehen, bzw. eigene Gesellschaften zu Gründen. Dies erweitert den Handlungsspielraum des UKBB und ermöglicht den Wettbewerb mit anderen Anbietern auf Augenhöhe.

Das Gesundheitswesen verlangt in punkto Anstellungsbedingungen eine branchenspezifische Lösung um die Konkurrenzfähigkeit des Spitals auch in Zukunft zu erhalten. Die Beibehaltung der Bestimmungen über das Personal ist kritisch zu sehen.

Die finanzielle Ausstattung der Kinderspitalgesellschaft sollte so gestaltet werden, dass das UKBB möglichst ohne weitere Unterstützung der Trägerkantone langfristig bestehen kann. Vor dem Hintergrund der im gemeinsamen Bericht der beiden Regierungsräte erwähnten anzustrebenden Kapitalerhöhung von 25 auf 35 Prozent

Ebenso problematisch sind die provisorischen Regelungen bezüglich der UKBB-Pensionskasse. Die potentiellen Mehrkosten von 2.2 Mio. Fr. belasten das Unternehmensergebnis des Spitals und zehren am Eigenkapital. Mit Blick auf eine vorgeschlagene Erhöhung der Eigenkapitalquote ist dies ein höchst kritischer Zustand, der eine nicht-angestrebte dauerhafte Finanzierungsverpflichtung des Kantons begründen. Hier ist eine umfassende Lösung zu erstreben.

Mit freundlichen Grüßen
FDP.Die Liberalen Baselland



Christine Pezzetta
Parteipräsidentin a.i.



Rolf Richterich
Fraktionspräsident